

INTERNATIONAL

6

WAHLEN IN DER
TÜRKEI

BRD

8

NATIONALE
SICHERHEITSSTRATEGIE

FRAUEN

10

NEUE KITAS SOLLEN FÜR
SPIELPLATZBESUCHE ZAHLEN

BERLIN

12

WER ESSEN RETTET,
DER RETTET DIE WELT?

HAMBURG

14

NEUES ÖPNV-NETZ:
NICHT FÜR ALLE

BREMEN

16

MINIJOBBER ALS
WEGWERFPRODUKT

NORDRHEIN-WESTFALEN

18

WOHNRAUMKRISE
IN NRW

BADEN-WÜRTTEMBERG

20

MUSIKBOX-VERBOT
NACHTS IN PARKS

KULTUR

22

RAMMSTEIN – WENN MAN
MEINT, WAS MAN SINGT

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 INTERNATIONAL

8 BRD

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

BANNER IN STOCKHOLM

WAHLEN IN DER TÜRKEI

NATIONALE SICHERHEITSSTRATEGIE

**NEUE KITAS SOLLEN FÜR
SPIELPLATZBESUCHE GELD ZAHLEN**

WER ESSEN RETTET, DER RETTET DIE WELT?

**NEUES ÖPNV-NETZ FÜR HAMBURG,
ABER NICHT FÜR ALLE**

**AUSHILFE WARENVERRÄUMUNG (M/W/D) –
MINIJOBBEN ALS WEGWERFPRODUKT**

WOHNRAUMKRISE IN NRW

**NÄCHTLICHES VERBOT VON MUSIKBOXEN
UND INSTRUMENTEN IN PARKS**

**RAMMSTEIN – WENN MAN ERNST MEINT,
WAS MAN SINGT**

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

wir leben in bewegten Zeiten, die sich vor allem durch den immer tiefer gehenden Zersetzungsprozess des Imperialismus kennzeichnen. Diese Zersetzung des Imperialismus, die Krise des Imperialismus, betrifft vor allem den größten Imperialisten, d.h. den USA-Imperialismus, die einzige hegemoniale imperialistische Supermacht. Zum Ausdruck kommt dieser Umstand in der gegenwärtigen Lage insbesondere in drei Dingen: eine begrenzte Bankenkrise und Immobilienkrise, hauptsächlich jedoch eine Schwächung des Stands des Dollars. So verliert der Yankee-Imperialismus Positionen. Die Illusion von der Allmacht der USA und ihrer Ewigkeit muss widerlegt werden. Dies darf jedoch keinesfalls mit der Unwahrheit über China als neue imperialistische Supermacht konvergieren, auch wenn sich eine Tendenz abzeichnet, wonach innerhalb des interimperialistischen Widerspruchs China offenbar relative Fortschritte macht.

Eine weitere Besonderheit der Gegenwart ist der ungeheure Niedergang von Revisionismus und Opportunismus. Besonders hervorzuheben ist dabei sicherlich die umfassende Unterstützung dieser Leute für den Ideal-Kemalisten der CHP bei der Präsidentenwahl und die gleichzeitige Aufgabe aller eigenständigen Initiativen. Ein ähnliches Szenario lässt sich bei den jüngst abgehaltenen Wahlen in Griechenland erkennen, wo Syriza keinen Stich bekommen hat. Gleiches gilt für das Abschneiden von Podmeos bei den letzten Wahlen in Spanien. Die Massen wenden sich immer mehr ab von diesen falschen Arbeiterfreunden.

Ebenso verhält es sich in der BRD. Die Linkspartei verliert immer mehr Unterstützer und Wähler, dazu kommen innere Machtkämpfe und Streitereien. Immer wieder kommt das Gerücht auf, Sarah Wagenknecht werde eine eigene Partei gründen. Im Höhenflug hingegen befindet sich hierzulande die AfD. Als einzige bürgerliche Partei, welche nicht in dem Koalitionssystem auf Bundes- und Landesebene in Regierungsposition vertreten ist, kann sie sich als einzige Opposition aufspielen und im bürgerlichen Sinne ist sie das tatsächlich auch. Die Wahl von Robert Sesselmann im thüringischen Sonneberg und ähnliche zukünftige Vorgänge werden der AfD diesen Nimbus nehmen. Wozu die AfD dann noch dient, ist, die Reaktionarisierung des Staates voran zu treiben, denn sie ist der hauptsächliche Agitator dafür.

Gegen einigermaßen ernst gemeinte Opposition, die vielleicht gar keine solche sein möchte, schlägt der Staat mit seinen Repressionsorganen zu. Immer weitere Razzien gegen vermeintliche oder tatsächliche Reichsbürger, umfassende Ausspitzelung von Aktivisten der „Letzten Generation“ – allesamt Personen, die keinerlei Verbrechen tatsächlich begangen haben. Das Antifa-Ost-Verfahren zeigt, Widerstand gegen Nazibanden ist in Deutschland nicht nur unerwünscht und wird drakonisch bestraft, sondern auch der Protest gegen solche Skandalurteile wird erst durch die Medienmonopole delegitimiert und anschließend staatlicherseits verboten. Prügel setzt es durch die Polizei übrigens auch dann, wenn man in Freiburg draußen feiern will.

Während die Preise weiter explodieren beschließt die Bundesregierung eine Mindestloohnerhöhung um satte 41 Cent. Gleichzeitig sind unzählige Milliarden für die Bundeswehr und Science-Fiction-Träumereien genauso da, wie für das neue Hamburger Wahrzeichen, den Elbtower. Ordentliche Kita-Ausstattungen gibt es dort allerdings ebenso wenig wie ÖPNV-Anbindungen für alle, die es bräuchten. Große Unternehmungen verscherbeln, was früher die Tafel bekam, die es an die Ärmsten verteilte. Das sind nur einige Eindrücke einer Situation, wie sie die düsterste Dystopie nicht zu zeichnen vermocht hätte, wir aber erleben sie jeden Tag, ob zu Hause, in der Schule oder auf der Arbeit. Grund genug sich daran zu erinnern, dass es nicht bleibt, nicht bleiben kann, wie es ist.



Am 6. Juni feierte die schwedische Bourgeoisie ihren Nationaltag. Aktivisten des Kommunistischen Verein Schwedens (KF) führten an diesem Tag an unterschiedlichen Orten in drei Städten einheitliche Aktionen gegen den NATO-Beitritt Schwedens durch, der auch eine engere militärische Zusammenarbeit des schwedischen Imperialismus mit dem alten türkischen Staat bedeuten würde – wodurch auch die Kommunisten in der Türkei – die TKP/ML –, und der von ihr geführte Volkskrieg, vom schwedischen Imperialismus früher oder später angegriffen werden würden. Daher wurden – wie hier auf einem zentralen Platz in Stockholm – Banner mit der Aufschrift „Nieder mit der NATO! Es lebe der Volkskrieg in der Türkei! Es lebe die TKP/ML!“ aufgehängt.

T E R N

ED MED NATO!
GE LEVE FOLKKRIGET
I TURKIET!

LEVE TKP/ML!
KF



WAHLEN IN DER TÜRKEI

Im vergangenen Mai fanden in der Türkei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Die Türkei ist formal eine präsidentielle Republik, das bedeutet, dass der Präsident ebenfalls auch Chef der Regierung ist und sich somit sehr viel Macht im Amt des Präsidenten konzentriert. Seit 2014 ist Recep Tayyip Erdoğan Präsident der Türkei. In diesem Jahr trat der Kemalisten Kemal Kılıçdaroğlu gegen Erdoğan an, seines Zeichens Parteivorsitzender der in imperialistischen Medien oft sozialdemokratisch genannten CHP.

In den bürgerlichen Medien weltweit wurde diese Wahl vermehrt als eine Art „Schicksalswahl“ beworben, in der sich die Zukunft der Türkei entscheidet. Umso wichtiger ist es, sich nicht von der bürgerlichen Propaganda verwirren zu lassen und einen klaren Blick darauf zu haben, unter welchen Konditionen die Wahlen stattgefunden haben. Ein wichtiger Punkt dabei ist, dass die Türkei schon seit vielen Jahren in einer tiefen Wirtschaftskrise steckt. Laut Wirtschaftswissenschaftlern des in Istanbul ansässigen Inflations-Forschungsinstituts Enag liegt der Wert der Inflation im Mai dieses Jahres im Gegensatz zu Angaben der türkischen Regierung zwischen 105 und 109 Prozent. Zusätzlich zu dieser enormen Teuerung leiden die Völker in der Türkei noch immer unter den starken Folgen des Erdbebens, welches sich Anfang Februar ereignete, bei dem alleine in der Türkei und Nordkurdisten 50.000 Menschen starben. Im Nachgang denunzierten Revolutionäre und breite Massen, dass der alte türkische Staat keine ausreichende Hilfe geleistet hat und seit Jahren Warnungen ignorierte, die Erdbeben-Steuer veruntreute und massiv unzureichend gesicherte Gebäude von Erdoğan-nahen Immobilienmogulen nachträglich genehmigte und somit einen Großteil der Toten zu verantworten hat.

Ein anderer zentraler Aspekt in Bezug zu den Wahlen ist die Unterdrückung der revolutionären Bewegung und der nationalen Befreiungsbewegung durch den alten türkischen Staat. In der Türkei führt die Kommunistische Partei Türkei/Marxisten-Leninisten seit einem halben Jahrhundert den Volkskrieg für die Befreiung durch die neudemokratische Revolution. Dazu kommt auch, dass verschiedene Kräfte aus der kurdischen Nationalbewegung für ihre Rechte kämpfen. Beide Kräfte werden von der türkischen Armee mit Flugzeugen, Artillerieangriffen und alltäglichen Poli-

zeiterror verfolgt. Das geht sogar so weit, dass die Türkei auch militärische Operationen in kurdisch bewohnten Gebieten in den angrenzenden Staaten wie dem Irak und Syrien durchführt und dabei regelmäßig Völkermord an Revolutionären und dem kurdischen Volk begeht.

Das ist der Hintergrund, vor dem die diesjährigen Wahlen stattgefunden haben. Und wie wir bereits im Nachhinein wissen, gewannen Erdoğan und seine AK-Partei in einer Stichwahl. Was man auch sehen konnte, war eine große Diskussion unter den verschiedenen Kräften, die für sich beanspruchen, die Revolution in der Türkei zu machen, wie man sich allgemein zu den Wahlen und den verschiedenen bürgerlichen Parteien und ihren Kandidaten im Besonderen stellen sollte. Das hatte zur Folge, dass allerlei Opportunisten, Revisionisten und Liquidatoren des Volkskrieges dem Ruf der bürgerlichen Propaganda gefolgt sind und für die Beteiligung an den angeblichen „Schicksalswahlen“ geworben haben. Diese Wahlmobilisierung lässt sich kurz und knapp darauf herunterbrechen, dass in der Logik des „kleineren Übels“ zur Wahl der CHP und ihres Präsidentschaftskandidaten Kılıçdaroğlu aufgerufen wurde, was sich auf Parlamentsebene darin ausdrückte, wahlweise die Opportunisten-Allianz „Arbeit und Freiheit“ oder andere bürgerliche Politiker zu wählen, die ihrerseits ebenfalls Kılıçdaroğlu unterstützen.

Der Erhöhung der Wahlbeteiligung hat diese Propaganda doch trotz der angespannten Lage nicht besonders geholfen. So gingen in der Türkei im ersten Wahlgang 87,04 Prozent und bei der Stichwahl 84,15 Prozent der Menschen wählen. Dies ist trotz der unglaublich großen Mobilisierung der bürgerlichen und opportunistischen Kräfte kein besonders großer Triumph, wenn man vergleicht, dass bei den letzten Wahlen im Jahr 2018 86,25 Prozent wählen waren. Trotzdem müssen sich die Revisionisten und Opportunisten ins Buch schreiben lassen, dass gerade sie es sind, die dafür gesorgt haben, dass Erdoğan sich als umfänglich demokratisch legitimer Präsident inszenieren kann. In Deutschland, wo 1,5 Millionen aus der Türkei stammende Menschen wahlberechtigt sind, machten sogar nur 49 Prozent der Menschen ihr Kreuz bei einer der bürgerlichen Parteien. Doch was bedeutet das Wahlergebnis für die unter immer stärker werdenden Ausbeutung und Unterdrückung leidenden Völker in der Türkei?

„DIE HOFFNUNG LIEGT NICHT IN DEN WAHLURNEN, SONDERN IN DER DEMOKRATISCHEN REVOLUTION DES VOLKES!“

Die einzige Kraft, die auf diese Frage eine klare Antwort gegeben hat, ist die TKP/ML, die alle unterdrückten und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu einem konsequenten Wahlboykott aufgerufen hat. Sie schreibt in ihrer Erklärung zum Wahlboykott:

„Wir müssen hervorheben, dass diese Wahl keine Wahl zwischen einem Ein-Mann-Regime oder einem parlamentarischen Regime ist. Einschätzungen in diesem Zusammenhang sind historisch gesehen ein großer Fehler. Diejenigen, die Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Land versprechen (...) sind politische Lakaien, die nach den Interessen einer Handvoll von Kompradoren, Feudalisten und Bürokraten geformt wurden, die im Zuge der großen weltweiten Umwälzung tief mit dem Imperialismus verbunden sind. (...)“

und weiter *„Wir Kommunisten sind in der entschlossensten und direktesten Kampflinie gegen die konservative, irreführende und reaktionäre Kampflinie, die darauf abzielt, den Faschismus durch Wahlen als Mittel oder Weg zu besiegen, d.h. gegen den Weg mit einem falschen Bewusstsein, der die Massen auf einen falschen Weg führt. (...) In diesem Sinne ist die entscheidendste und direkteste Kampfaktik in diesem Prozess der Boykott der Wahlen.“*

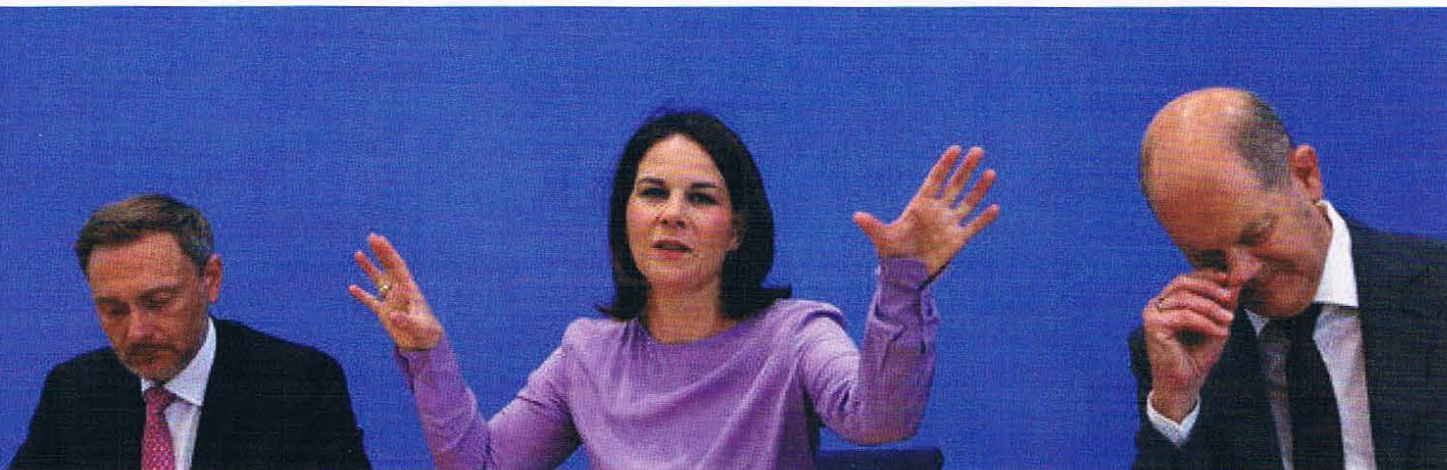
Was die TKP/ML auch betont, ist die Frage des Kemalismus. Denn im Gegensatz zu den opportunistischen Mehrheitsbeschaffern Kılıçdaroğlu halten die Revolutionäre in der Türkei an der Wahrheit ihres Parteigründers İbrahim Kaypakkaya fest, dass der Kemalismus Faschismus in „fortschrittlicher“ Verkleidung ist und dass die verschiedenen Regierungen in der Türkei – egal ob unter Führung religiöser Fundamentalisten, Nationalisten oder Sozialdemokraten – allesamt faschistisch sind und nur dem Zweck dienen, das Land noch mehr vom Imperialismus ausbeuten zu lassen. Diese richtigen Standpunkte trugen die türkischen Genossen auch im Mai auf die Straßen, als sie zum 1. Mai und den anstehenden Wahlen große Aktivitäten für den Wahlboykott und gegen die Wahlfarce entfalteten und im Zuge dessen den 50. Jahrestag der Ermordung ihres Parteigründers İbrahim

Kaypakkayas feierten. So wurden am 1. Mai von Partizan organisierte Demonstrationen abgehalten, für die im Vorfeld großflächig plakatiert und Flugblätter verteilt wurden. In Istanbul fand eine Demonstration mit einem großen Kontingent von Sympathisanten und Lesern von Partizan statt, die Polizei versuchte im Laufe der Demonstration Banner mit dem Konterfei des Führers und Parteigründers İbrahim Kaypakkaya zu konfiszieren. Die Polizei griff die Demonstration an und wurde von den Massen abgewehrt, sodass die Demonstration trotz 15 Festnahmen weiterlaufen konnte. Eine Woche später führte die türkische Polizei eine Operation in den Städten Hatay, Dersim und Istanbul durch, die sich gezielt gegen Aktivisten von Partizan und einen Korrespondenten der revolutionären und demokratischen Zeitung „Yeni Demokrasi“ (Neue Demokratie) richtete.

Auch in der BRD gibt es immer wieder Angriffe auf türkische Revolutionäre. Erst neulich bestätigte der Bundesgerichtshof ein Skandalurteil von 2020, wo zehn Revolutionäre zu Haftstrafen von drei bis sechseinhalb Jahren verurteilt worden waren, weil sie auf der Grundlage des Gesinnungsparagraphen 129b angeblich einer „ausländischen terroristischen Vereinigung“, also der Kommunistischen Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch, angehören würden. Und das, obwohl die TKP/ML weder in Deutschland noch in internationalen Listen als terroristische Vereinigung geführt wird oder die einzelnen Angeklagten andere Straftaten begangen haben. Doch trotz der Repression verfehlte der türkische Staat sein Ziel, die Genossen einzuschüchtern; in verschiedenen Statements schreiben Partizan und andere revolutionäre Organisationen, dass der Angriff am 1. Mai nur die Angst und Schwäche des alten türkischen Staates vor der Revolution zeigt, und dass der Kampf gegen diese Aggressionen ausgeweitet wird. •



NATIONALE SICHERHEITSSTRATEGIE



Am 14. Juni 2023 wurde die erste bundesdeutsche Nationale Sicherheitsstrategie „*Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig.*“ im Bundeskabinett beschlossen. Das Auswärtige Amt schreibt dazu, die Nationale Sicherheitsstrategie lege Deutschlands Rolle in Zeiten globaler Machtverschiebungen und systemischer Rivalität dar und gebe Antworten auf die Bedrohungen von außen. Die Nationale Sicherheitsstrategie definiere Sicherheitspolitik auf den einzelnen Menschen ausgerichtet und verfolge den Ansatz einer Integrierten Sicherheit, als Bestandteil aller Politikbereiche. Die drei zentralen Dimensionen künftiger deutscher Sicherheitspolitik seien Wehrhaftigkeit, Resilienz und Nachhaltigkeit. Die Nationale Sicherheitsstrategie ergänzt, erneuert und korrigiert das Weißbuch der Bundeswehr.

Der deutsche Imperialismus hat also verstanden, dass sich ihr System weltweit in einer tiefen Krise befindet und sich die Widersprüche darin verschärfen. „Globale Machtverschiebungen und systemische Rivalität“ sind ihre Worte für die Verschärfung sowohl des interimperialistischen Widerspruchs, als auch des Widerspruchs zwischen den imperialistischen und den unterdrückten Ländern.

Die Sache zeigt jedoch auch die Krise der Demokratie in der BRD. Die drei-Parteien-Regierung ist zerstritten, teils bis zur Handlungsunfähigkeit. Erstens gibt es keine festgelegten Finanzierungspläne für die durchaus ambitionierten Vorhaben, und ohne eine solide Planung können solche Dinge lediglich als Luftschlösser angesehen werden. Zweitens, und das ist das hauptsächliche Problem der herrschenden Klasse in dieser Frage, war

sich die Ampel-Koalition derart uneins, dass sie nicht in der Lage waren, ein führendes Gremium für die Umsetzung der Beschlüsse einzusetzen. Zentralisierung der Macht, der grundsätzliche Krisenbewältigungsansatz der Herrschenden, schlägt hier fehl. Jedes Ministerium macht weiter sein eigenes Ding, und dann bespricht die Bundesregierung hier und da mal, wie es so läuft mit der ‚Nationalen Sicherheit‘. Sie waren – zumindest bislang – nicht in der Lage, Theorie und Praxis in Einklang miteinander zu bringen. Nicht umsonst sieht sich die Regierung Hohn und Spott der Opposition und der Medien ausgesetzt.

Inhaltlich ist die Hauptsache bei der Geschichte die Aufrüstung. Seit Jahren wird eine Medienkampagne für die Verstärkung der Bundeswehr gefahren. Geschichten von angeblich nicht funktionsfähigem Material, untauglichen Schiffen, nicht-fliegenden Kampffjets oder ziel-ungenauen G36-Sturmgeehren, die Waffenlieferungen an die Ukraine usw. usf. kann man sich jeden Tag aufs Neue anhören. Einhundert Milliarden Euro plus (oder doch als Teil von) zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sind die Geldmittel, die ab 2024 für die wohl umfassendste Aufrüstungsmaßnahme der Bundeswehr seit ihrer Gründung zur Verfügung gestellt werden. „*Unser Land muss wehrhaft sein*“, lautet die ausgegebene Maxime, die alle Pazifisten auf die Barrikaden treiben wird.

Neu ist nun tatsächlich der Umfang, der doch einiges Erstaunen auslösen kann. „*Die freie und ungehinderte Nutzung des Weltraums ist für unsere Sicherheit unverzichtbar. Die Bundesregierung wird ihre Weltraumfähigkeiten ausbauen und sich für die Weiterentwicklung*

der internationalen Ordnung im Weltraum einsetzen.“, so steht es in dem Papier. Die „Weltraumfähigkeiten der Bundesregierung“, hört sich nach utopischem Star Wars 2.0 an, macht aber vor allem deutlich, dass die Ambitionen des deutschen Imperialismus, den Sprung zur Supermacht zu machen, auch wenn es dabei einige Hindernisse gibt, alles andere als vom Tisch sind. In seinem Streben sieht sich Deutschland immer mehr auch mit Maßnahmen der Yankees konfrontiert, die dem Treiben der Deutschen nicht einfach nur zuschauen können und werden.

„Die Bundesregierung wird regelwidriges und aggressives Verhalten von Cyberakteuren nicht hinnehmen, die Cybersicherheitsarchitektur modernisieren und ihre Fähigkeiten zur Abwehr von Cyberangriffen stärken.“ Erinnern wir uns an das Ausspionieren der deutschen Regierung inklusive der damaligen Bundeskanzlerin durch die NSA, dann geraten Chatbots, die angeblich im Auftrage Putins Stimmung für die AfD machen, doch deutlich in den Hintergrund, wenn frei nach Mussolini in dem Papier konstatiert wird: *„Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft müssen gemeinsam die Cybersicherheit stärken.“* Dazu gibt es dann auch konkretere Vorstellungen: *„die informatorische Anbindung von Unternehmen der Kritischen Infrastrukturen an das Lagezentrum des BSI“* in Form eines *„Computer Emergency Response Teams“*.

Auch in Fragen von sogenanntem „Bevölkerungsschutz“ und „Katastrophenhilfe“ verfolgt die Regierung einen korporativen und zentralisierenden Ansatz. An dieser Stelle sind die Bemühungen mit der Installation des *„Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“* wohl am weitesten fortgeschritten. Auch wenn hier von Zusammenarbeit gesprochen wird, ist unübersehbar, was *„ein übergreifendes Ressourcenmanagement“* durch das Kompetenzzentrum bedeutet. Gleiches gilt, wenn davon gesprochen wird, dass die Zentralstelle das Krisenmanagement in Bund und Ländern *„berät und begleitet“*.

Ähnliches scheint für die sogenannte „Kritische Infrastruktur“ vorgesehen zu sein. *„Die Bundesregierung strebt mit einem Dachgesetz zur Kritischen Infrastruktur einen übergeordneten gesetzlichen Rahmen an, der die Resilienz Kritischer Infrastrukturen stärkt und die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesebene sowie mit der Wirtschaft verbessert.“* Wir sehen erneut Zentralisierungsbemühungen, und auch dabei wird ein korporativer Ansatz verfolgt: *„Insgesamt bedarf der Schutz*

Kritischer Infrastrukturen einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung.“

Dieses System möchte die Regierung auch anderen Staaten, insbesondere denen, die sie sich im Rahmen der EU untergeordnet hat, aufzwingen. *„Die Bundesregierung wird sich im europäischen Rahmen für eine Weiterentwicklung des europäischen Katastrophenschutzmechanismus und der europäischen Reserve rescEU einsetzen.“* Insbesondere ist das vorgegebene Ziel die Möglichkeit eines deutschen Zugriffs. Dieses wird dann euphemistisch *„grenzüberschreitende Vernetzung mit den Kritischen Infrastrukturen unserer europäischen Nachbarn“* genannt, die stärker berücksichtigt werden sollen. Das deutsche Primat wird an anderer Stelle jedoch ganz explizit formuliert: *„Verflechtungen [dürfen] keine nachteiligen Folgen für unsere Sicherheit haben.“*

Auch die Angst der Herrschenden vor dem eigenen Volk wird auf nahezu jeder einzelnen Seite dieses Machwerks deutlich: *„Aufgrund der starken Wechselwirkungen zwischen äußerer und innerer Sicherheit hängt die Handlungsfähigkeit Deutschlands nach außen zunehmend auch von seiner Resilienz im Inneren ab.“* Die Unruhe, die sich auf Basis einer zunehmenden Verarmung durch die weiterhin grassierenden Preissteigerungen entwickeln wird, macht der Regierung offenbar große Sorgen. Solche *„zivil-militärische Aufgaben“* lägen in der gemeinsamen Verantwortung von *„Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“*. Die Bundesregierung plant daher *„zivile, polizeiliche und militärische Mittel zusammen [zu fassen]“*. Dieser *„gesamtgesellschaftlichen Ansatz“* umfasst neben der Bundesregierung, *„die Länder, die Kommunen, die Wirtschaft, zivilgesellschaftliche Organisationen – aber auch jede und jeder Einzelne“*. Dabei sind *„Subversion und Sabotage ... Ausspähung und Angriffe auf Politik, Verwaltung und Bundeswehr, Wirtschaft, Infrastruktur und Forschung“* ausgemachte Probleme.

Wir sehen hier, dass der deutsche Imperialismus für den „Krisenfall“, was in Anbetracht der Dauerkrise, in der er sich befindet, eigentlich nichts besonderes mehr ist, sich von zwei, ihm nach dem verlorenen zweiten Weltkrieg aufgezwungenen Restriktionen zu befreien. Zum einen von dem auch geschichtlich begründbaren Föderalsystem, welches einen starken bzw. umfassend zuständigen Zentralstaat verhindert, zum anderen von der dem Föderalsystem entsprechenden Aufgabenverteilung und Begrenzung der Zuständigkeiten und Befugnisse der Polizei- und Geheimdienstbehörden. •

NEUE KITAS SOLLEN FÜR SPIELPLATZBESUCHE GELD ZAHLEN

Wer in letzter Zeit einen Blick auf die Lokalnachrichten aus Hamburg geworfen hat, hat vielleicht auch von einer neuen Kuriosität mitbekommen: neue Kitas in Hamburg, die öffentliche Spielplätze besuchen, sollen dafür bald zusätzlich zahlen müssen. Das betrifft Kitas, die kein eigenes Außengelände haben und auf Besuche von öffentlichen Spielplätzen angewiesen sind. Noch ist die Regelung nicht durchgesetzt, aber im Senat wird darüber gestritten. Diese Anweisung an die Kitaträger kam Anfang des Jahres von der Sozialbehörde, aber die Idee gibt es schon länger. Ursprünglich hatte das Oberverwaltungsgericht im November 2021 den Beschluss formuliert.

Die Sozialbehörde versucht, eine Erklärung für die Regelung zu geben, doch so ganz schlüssig ist die nicht. Würde man die neue Gebühr nicht erheben, könnten neue Kitas ohne ausreichend Außenfläche keine Betriebserlaubnis mehr bekommen. Denn eigentlich müsse eine eigene Außenspielfläche von mindestens sechs Quadratmetern je Kind realisiert werden. Gibt es das nicht, können die Kitas fest zugeschriebene öffentliche Spielplätze nutzen. Bisher war das kostenfrei möglich.

Diese Stellungnahme der Behörde erklärt, dass eine Außenspielfläche wichtig ist und leider nicht immer gegeben ist. In Zukunft soll es nicht mehr genehmigt werden, wenn eine neue Kita so etwas nicht bietet. Aber dann wird andererseits gesagt, dass Kitas für

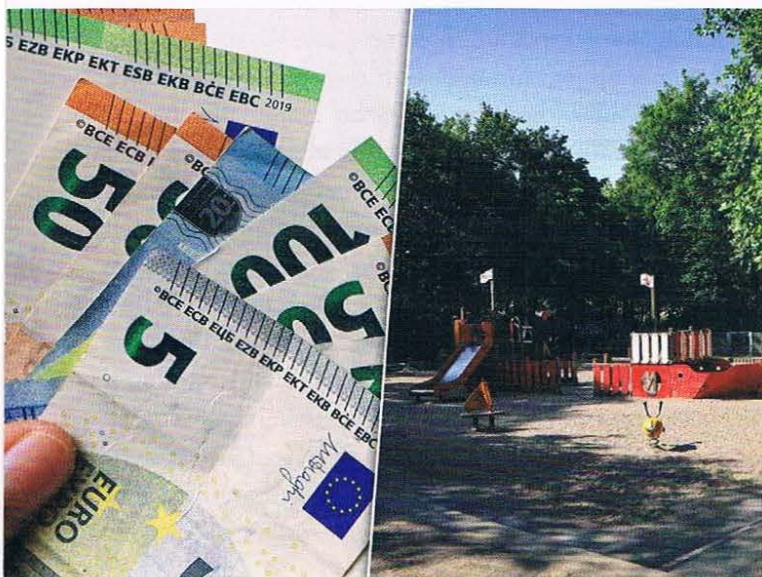
öffentlich zugängliche Spielplätze auf einmal zahlen müssen? Das eine hat mit dem anderen doch nichts zu tun! Das löst doch das Problem nicht!

Anstatt zuzusehen, dass alle Kitas ein Außengelände, also genug Platz (vielleicht auch noch ausreichend und qualifiziertes Personal, oder wäre ein solches Ansinnen vermessen?) haben, gibt die Stadt Hamburg Unsummen für Prestigeprojekte wie die Elbphilharmonie oder den Elbtower (zusammen rund 2 Milliarden Euro) aus, bezahlt auch mal den Wahlkampf der SPD, wenn Schulsenator Ties Rabe mit (unnützen und überteuerten) Luftfiltern für alle Hamburger Schulen touren geht.

Wenn Kitas kein eigenes Außengelände haben, bedeutet ein Spielplatzbesuch einen Mehraufwand. Alle Kinder der Gruppe müssen sich anziehen, und man geht gemeinsam und geordnet dahin, man muss eventuell ein paar Kinder in einer Karre mitnehmen, anders als wenn mal eben die Tür zum Garten aufgemacht wird. So ein Mehraufwand könnte doch auch gerne in den Finanzierungs- und Personalplänen der Kitas auftauchen. Aber nein, jetzt soll man dafür auch noch extra zahlen.

Die Gebühr soll monatlich gezahlt werden, dabei hängt die Höhe von der Anzahl der Kinder und dem Viertel der Kita ab. Die genannte Preisspanne beträgt 1 – 3 Euro pro Quadratmeter. Für eine genutzte Außenfläche von 300 Quadratmeter würde die Kita also bis zu 900 Euro monatlich zahlen müssen. Auf beispielsweise 50 Kinder aufgeteilt, wäre das eine Mehrbelastung von 18 Euro pro Kind, die vermutlich auf die Eltern zurückfällt. Und vergessen wir nicht, dass öffentliche Spielplätze gratis für jeden nutzbar sind und mit unseren Steuern sowieso schon bezahlt wurden.

Nach Kritik von Kitaträgern erklärte die Sozialbehörde, dass jede Kita durch das Kita-Gutschein-System doch schon pauschal Geld bekommen würde für die Instandhaltung vom Außengelände, d.h. auch Kitas, die kein Außengelände haben. Dieses überschüssige Geld könnten sie doch jetzt für die neue Gebühr nutzen. Es bleibt allerdings unklar, ob das Pauschalgeld auch genauso hoch ist wie die Spielplatzgebühr. Außerdem wird dieses Geld aus



der Pauschalzahlung von den Kitas wahrscheinlich schon für irgendwas anderes aufgebraucht und liegt nicht ungenutzt herum, es bedeutet also auf jeden Fall Mehrkosten für die betroffenen Kitas.

In den Städten ist es keine Seltenheit, dass Kitas aufgrund von Platzmangel kein Außengelände haben und auf öffentliche Spielplätze in der Nähe angewiesen sind. Im Falle einer Durchsetzung wird diese Gebühr also einige Kitas betreffen. Aber anstatt Kitas zu unterstützen, sorgt die Stadt dafür, dass eine Neueröffnung einer Kita unattraktiver wird durch solche sinnlosen Zusatzzahlungen. Dabei gibt es bundesweit einen Mangel an Kitaplätzen, insbesondere für Kleinkinder unter drei Jahren. Für diese Altersgruppe fehlen rund 342.300 Plätze, laut einer Berechnung des Instituts der Deutschen Wirtschaft.

Die Geschäftsführerin vom Kitaträger Sternipark, Leila Moysich, äußert zusätzlich noch andere Bedenken. Sie fragt sich, ob in Zukunft nicht nur neue Kitas die Gebühr zahlen müssen, sondern auch bestehende, bei denen die Außenfläche nicht ausreicht oder gar nicht vorhanden ist. Sie fürchtet, dass die Befreiung von der Zahlung für bestehende Kitas nicht dauerhaft gültig ist und die Regelung auf mehr Kitas ausgeweitet wird.

PROFIT AUF KOSTEN DER KINDER

Man fragt sich doch sehr, warum sich das Oberverwaltungsgericht für diese Maßnahme entschieden hat. Es entsteht der Eindruck, die Stadt wolle einfach zusätzlich Geld einnehmen auf Kosten der Kinder, Erzieher und Eltern.

In diesem System muss man für alles Geld zahlen, teilweise auch doppelt, wie in diesem Fall mit der Spielplatznutzung. Alles wird zu einer Ware. Freie, kostenlose Flächen gibt es nicht, oder sie verschwinden. Wobei sie in diesem Fall nicht mal kostenlos waren, weil sie schon mit Steuergeldern bezahlt wurden.

Das Ganze passiert durch Privatisierungen oder Sparmaßnahmen vom Staat, die durch neue Regelungen umgesetzt werden. Die Prioritäten der Stadt Hamburg und der BRD liegen hauptsächlich darin, Geld zu machen oder es einzusparen. Das wird auf Kosten der Menschen gemacht, indem z.B. soziale Leistungen

gestrichen werden, oder indem zusätzliche Gebühren erhoben werden.

Ganz anders sah das in sozialistischen Ländern wie der Sowjetunion aus. Hier ging es wirklich darum, ein System zu schaffen, das den Menschen dient. Das wurde u.a. mit Bildungsprogrammen umgesetzt, die den massiven Ausbau von Kitas beinhalteten und die Alphabetisierung der Bevölkerung vorantrieb. Vor der Oktoberrevolution 1917 konnten weite Teile der Bevölkerung des Landes nicht lesen und schreiben, und im ganzen Land gab es nur ein paar Dutzend Kindergärten. Das änderte sich nach der Revolution drastisch. Auch Probleme wie Kindersterblichkeit und unzulängliche Kindergesundheitsversorgung, die zur Zeit des Russischen Reichs vorherrschten, wurden bekämpft, indem Programme zur Förderung von gesundem und kostenlosen Essen in Kitas umgesetzt wurden. Außerdem wurden kostenlose Freizeitangebote in der Stadt und auf dem Land vorangetrieben, wie Sportgruppen oder der Bau von Bibliotheken und Musik- und Kunstschulen.

KINDERERZIEHUNG: EIN FRAUENTHEMA

Die Situation in Kitas spielt insbesondere für Frauen eine Rolle, weil sie gesellschaftlich gesehen für die Erziehung der Kinder zuständig sind bzw. gemacht werden. Überwiegend sind sie es, die die Kinder zur Kita bringen und wieder abholen. Sie arbeiten dafür häufiger in Teilzeit, um mehr Zeit für die Kinder zu haben. In Kitas arbeiten überwiegend Frauen, wie auch in vielen anderen Bereichen, die sich mit der Pflege, Erziehung und Fürsorge von Menschen beschäftigen und schlechter entlohnt werden.

Wenn sich der Mangel an Kitaplätzen weiter verschärft, sind die Frauen und Kinder die ersten, denen das zur Last fällt. Falls das eigene Kind keinen Kitaplatz mehr bekommt, ist es in der Regel die Frau, die dann zuhause bleibt und sich um das Kind kümmert, da der Mann meistens mehr verdient und die Familie als ökonomische Einheit auf seinen Lohn weniger verzichten kann.

Die Situation, dass das Kind vollständig privat Zuhause betreut wird, sollte eigentlich überhaupt keine Option sein. Die Kinder brauchen sozialen Kontakt zu Gleichaltrigen und die Frauen sollten die Chance haben, an der gesellschaftlichen Produktion teilzunehmen. •

WER ESSEN RETTET, DER RETTET DIE WELT?

In jeder deutschen Großstadt, so auch in Berlin, kommt man nicht mehr drumherum: Überall hängen sie, die Plakate für Apps, um Lebensmittel „vor der Tonne zu retten“. Geworben wird damit, dass man ein richtig guter Mensch wird, wenn man sich gegen Lebensmittelverschwendung einsetzt, und das wird einem, durch die Nutzung der Angebote dieser Unternehmen, leicht gemacht. Denn man schützt die Umwelt, tut etwas Soziales und dabei kann man sogar noch Geld sparen. Das klingt eigentlich schon zu gut, um wahr zu sein.

„TOO GOOD TO GO“

Das Konzept des dänischen Start-Ups „Too Good To Go“ ist denkbar einfach: Bleibt bei einer Bäckerei, einem Restaurant, einem Hotel Buffet oder Ähnlichem am Ende des Tages etwas übrig, kann man die Lebensmittel über die App zu einem Drittel des ursprünglichen Preises kaufen. Auch Supermärkte machen mit, indem sie Lebensmittel die kurz vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums stehen anbieten.

Wird bei einem Restaurant eine Portion Essen eigentlich für neun Euro verkauft, wird sie am Ende des Tages über die App für drei Euro verkauft. Von den drei Euro muss noch die Mehrwertsteuer und die Provision von „Too Good To Go“ abgezogen werden, wodurch am Ende ein Euro für den Gastronomen bleibt. Für kleine Unternehmen ist das also kein gutes Geschäft, wohl aber für „Too Good To Go“.

Doch noch viel lukrativer ist die Kooperation mit großen Konzernen wie beispielsweise „Edeka“, „Starbucks“ oder „Lidl“. Da diese Partner viele Verkaufsstätten haben, werden mehr Bestellungen über die App getätigt. Für die Konzerne ist der Gewinn durch die App nicht übermäßig, jedoch spielt die Menge der Bestellungen für „Too Good To Go“ einen entscheidenden Faktor für ihr Wachstum.

Laut einer Recherche der „Süddeutschen Zeitung“ müssen die Konzerne ihre Geschäftspraxis nicht anpassen, um mit dem Start-Up kooperieren zu können. So schreibt sich „Too Good To Go“ also den Kampf gegen Lebensmittelverschwendung auf die

Fahne, ist am Ende aber lediglich eine zusätzliche Verkaufsplattform für die Konzerne. Im Endeffekt verdienen sie sogar daran mit, wenn die Regale am Ende des Tages noch voll sind, und würden sie sich so gegen Lebensmittelverschwendung einsetzen, wie sie vorgeben, würden sie sich selbst abschaffen.

„SIR PLUS“

Ein weiteres Unternehmen mit dem vermeintlichen Ziel, sich gegen Lebensmittelverschwendung einzusetzen, ist „Sir Plus“. Auf ihrer Website werben sie damit, dass sie „überschüssige Lebensmittel zurück in den Kreislauf“ bringen, indem sie diese in ihrem Onlineshop zum Verkauf anbieten. Dafür arbeiten sie direkt mit Großhändlern und Lebensmittelproduzenten zusammen, indem sie die übriggebliebenen Lebensmittel ankaufen. Schon vor Jahren wurde dem Start-Up vorgeworfen, der „Tafel“, welche die gleichen Lebensmittel kostenlos verteilt, Essen und Trinken wegzuschnappen.

Zusammenfassend ist also zu sagen, dass es bei solchen Unternehmen definitiv nicht darum geht, die Umwelt zu schützen oder etwas Soziales zu tun. Wie der Gründer von „Sir Plus“ ganz offen sagt, es geht darum „einen neuen Markt zu erobern“. Denn die Kapitalisten machen vor nichts halt, wenn es darum geht, ihren Profit zu maximieren. Und so wurde prompt das, was die Ärmsten machen müssen, um sich über Wasser zu halten, genommen und für reiche Yuppies aufpoliert, damit die sich gut fühlen können.

Ein interessanter Fakt ist, dass einer der Gründer von „Sir Plus“ ebenfalls an der Gründung des Wohltätigkeitsvereins „Foodsharing“ beteiligt war.

„FOODSHARING“

Sich bei „Foodsharing“ am „Lebensmittelretten“ zu beteiligen, ist nicht ganz so komfortabel wie bei den oben genannten Unternehmen. Um einen besseren Einblick darin zu bekommen, hat unser Rote-Post-Korrespondent mit einer Leserin, die selbst bei „Foodsharing“ mitgemacht, gesprochen.

Sie erzählte, dass man zunächst so etwas wie einen kleinen Lehrgang machen muss und es einige bürokratische Hürden gibt, bevor man überhaupt etwas mit Lebensmitteln zu tun hat. Die Regeln sind sehr streng und Regelverstöße werden je nach Schwere sogar mit Ausschluss aus dem Verein geahndet. Wenn man die Lebensmittel abgeholt hat, dann ist man im Anschluss individuell dafür verantwortlich, diese zu verteilen.

„Das ganze System basiert darauf, dass die Leute, die das als Ehrenamt machen, ein stark ausgeprägtes Helfersyndrom haben. Da habe ich Leute kennengelernt, die den ganzen Tag nichts anderes machen als über Foodsharing-Lebensmittel zu retten und danach zu verteilen, die haben dann auch keine Lohnarbeit gemacht, sondern nur das.“ Sie erzählte, dass teilweise absurde Mengen an Essen angefallen sind. Wie bei „Too Good To Go“ wird vorrangig mit Betrieben zusammengearbeitet, die Lebensmittel an den Endverbraucher bringen, also Supermärkte und Gastronomen. Aber es werden auch Lebensmittel von Großhändlern abgeholt. *„Und dann steht man da vor mehreren Paletten Sauce Hollandaise, kurz vor dem MHD. Jedem, der da mitmacht, ist klar, dass etwas mit diesem System nicht stimmen kann, wenn so viel Lebensmittel übrig bleiben. Aber oft hört es für die Leute mit der Abholung auf. Nach dem Motto – Ich hab ja jetzt ‘ne gute Tat vollbracht, da kann ich mir auf die Schulter klopfen, mehr kann ich ja auch nicht machen.“* Es gibt auch innerhalb des Vereins Leute, die sich mit politischer Arbeit, zum Beispiel mit Petitionen, versucht haben, gegen Lebensmittelverschwendung einzusetzen. *„Aber es reicht eben nicht, nett danach zu fragen, ob sich Mal etwas ändern kann.“*

Das Problem bei solchen Initiativen wie „Foodsharing“ oder der „Tafel“ ist, dass sich hier auf das „Heldentum“ einzelner Personen verlassen wird, um ein Problem vermeintlich zu lösen. Und denkt man das bis zum Ende, so sind solche Vereine sogar im Interesse des aktuellen Systems. Denn so müssen sich die Herrschenden nicht selbst darum kümmern, die Lebensmittel, die durch ihre Profitgier nicht bei den Ärmsten ankommen, zu verteilen. Es wird höchstens ein Symptom des eigentlichen Problems, also dem imperialistischen System, bekämpft. Und hierbei muss klar gesagt werden, wer sich ernsthaft gegen Lebensmittelverschwendung einsetzen will, der muss sich davon verabschieden, ein Wohltätigkeitsorganisierer zu sein.



Gerettete Lebensmittel – Die übliche Menge nach einer Abholung beim Supermarkt

Das bedeutet aber nicht, dass man in diesem Moment aktiv gegen die „Tafel“ oder „Foodsharing“ handeln sollte, jedoch sollten die Anstrengungen dafür nicht über dem Kampf gegen das herrschende System stehen, und dafür sollte man die Rolle dieser Akteure verstehen. •

NEUES ÖPNV-NETZ FÜR HAMBURG, ABER NICHT FÜR ALLE



Proteste in Hamburg-Horn gegen die Verlängerung der U4

Sehr geehrte Fahrgäste, die Linien U2 und U4 sind vom 3. Mai 2023 bis April 2024 zwischen Rauhes Haus und Legienstraße gesperrt. Ein Ersatzverkehr mit Bussen ist eingerichtet.“ Diese Durchsage hört seit gut zwei Monaten jeder, der mit den U-Bahnlinien U2 oder U4 gen Osten fährt. Für ein ganzes Jahr sind die Arbeiterviertel Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg, in denen zusammengekommen mehr als 125.000 Menschen leben, schlechter zu erreichen als sonst. Jeder, der aus diesen Vierteln in Richtung Stadtzentrum fahren will, muss mit einer längeren Fahrzeit und vor allem mit überfüllten Bussen rechnen, die die Kapazitäten der Bahnen nicht ausgleichen können. Eine Sache, die besonders bei den aktuellen Temperaturen anstrengend sein kann. Doch auch wenn der Ersatzverkehr nervtötend ist, ist dieser gar nicht das größte Problem an den Bauarbeiten auf der Strecke, und darüber hinaus ist es bei weitem nicht die einzige Baustelle im Hamburger ÖPNV, die Probleme macht.

VERLÄNGERUNG DER U4 ALS TEIL DER „AUFWERTUNG“ DES HAMBURGER OSTENS UND AUF KOSTEN DER ANWOHNER

Die Viertel des Ostens sind laut dem Senat das größte Stadtentwicklungsgebiet Hamburgs. Dazu gehört auch

der Stadtteil Horn. An der Horner Geest sollen bis 2030 neue Quartiere mit schicken Neubauwohnungen entstehen. Auf der Internetseite der Stadt ist hierzu zu lesen:

„Rund 3.100 neue Wohnungen, eine verbesserte soziale Infrastruktur, eine Aufwertung der grünen Freiräume und die Verlängerung der U-Bahnlinie U4 gehören zu den Kernzielen des Zukunftsbilds, dessen Entwicklung der Senat 2018 beschlossen hat.“ (hamburg.de; „Horner Geest 2030: Entwurf bildet Grundlage für die Rahmenplanung“).

Genau hierhin wird die U4 aktuell verlängert und fährt künftig nicht mehr bis nach Billstedt. Die aktuellen Bauarbeiten, die die Bewohner in Horn nun ganze sieben Jahre zwischen 7 Uhr und 20 Uhr ertragen müssen, sind also Teil der „Aufwertung“ und sozialen Durchmischung des Hamburger Ostens, mit der versucht wird, Menschen unterschiedlicher Klassenherkunft in einem Viertel anzusiedeln. Die Anwohner rund um die Horner Rennbahn – dem Teil von Horn, in dem vor allem Arbeiter leben – müssen für die schicken Neubauten an der Horner Geest ab sofort auf einen großen Teil ihres naheliegenden Parks verzichten, der für die U4-Verlängerung geopfert wird. Den Arbeitern, die schon lange im Viertel zu Hause sind, wird ihr Park genommen, während

für die neuen Bewohner mit dickerem Geldbeutel „aufgewertete grüne Freiräume“ geschaffen werden sollen, wie es im oben genannten Zitat des Senats heißt. Schon vor einigen Jahren, als das Projekt von der Stadt beschlossen wurde, organisierten Anwohner Kundgebungen und Demonstrationen und wehrten sich gegen die Zerstörung ihres Parks. Den Hamburger Senat ließ das aber kalt, sodass der Park heute von Tag zu Tag kleiner wird.

Im Allgemeinen ist der Ausbau des ÖPNV-Netzes ja eine gute Sache und es ist positiv, wenn mehr Menschen direkt an den ÖPNV angebunden werden. Der Fall der U4 zeigt aber deutlich, dass andere Interessen dahinter stehen, als für alle eine möglichst gute Verkehrsanbindung zu schaffen. Wenn dem so wäre, würde die Stadt nämlich beschließen, dass die U4 nicht nur bis zur Horner Geest verlängert wird, sondern bis in das Arbeiterviertel Jenfeld. Jenfeld ist eines der ärmsten Viertel Hamburgs und ein Stadtteil, der im Nordosten direkt an Horn grenzt. Hier fahren keine Bahnen, sondern nur einige Busse, die, egal in welche Richtung, um die 20 Minuten brauchen, um die nächste U-Bahnstation zu erreichen. Damit ist Jenfeld eines der am schlechtesten angebundenen Viertel Hamburgs. Es wäre eine Leichtigkeit, die U4 bis Jenfeld zu verlängern, aber die Menschen unserer Klasse, die Arbeiter, sind es dem Senat nicht wert, für sie Geld auszugeben. Die Hochbahn wirbt für die U4-Verlängerung vor allem damit, dass 13.000 Menschen einen direkten U-Bahn-Anschluss bekommen sollen. Aber die über 30.000 Jenfelder scheinen keinen Anspruch auf eine gute Verkehrsanbindung zu haben.

DIE NEUE U5 KOMMT UND WIRD RICHTIG TEUER

Ein anderes Projekt der Hamburger Hochbahn, das für Aufsehen und Furore sorgt, ist die U-Bahn-Linie 5. Nach Monaten der Ausreden und Vertuschungen musste die Hamburger Landesregierung nun doch mit den Kosten für die U5 raus rücken und zugeben, dass der Bau des Abschnitts von Bramfeld über Steilshoop bis in die City-Nord deutlich teurer wird als zuvor behauptet. Ganze 62 Prozent wird das ganze mehr kosten – bedeutet konkret, statt 1,75 Milliarden Euro sind es knapp 2,9 Milliarden. Diese Kostensteigerung bedeutet, dass der Ausbau nicht mehr vom Bund bezuschusst wird, da der Kosten-Nutzen-Faktor nicht mehr gegeben ist. Die Stadt verpulvert also unsere

Steuergelder, Gelder, die an anderen Stellen wieder bei uns abgezapft werden müssen.

Die U5 ist aber noch in anderer Hinsicht interessant. Denn auch die U5 hat im Bereich der „Aufwertung“ und sozialen Durchmischung eine Funktion. So soll erstmals das Arbeiterviertel Steilshoop an das U-Bahnnetz angebunden werden. Aber nicht nur das, es soll nämlich eine Direktverbindung von Steilshoop bis zur Universität geben. In unter 20 Minuten soll man aus Steilshoop die Uni erreichen können, was das Viertel künftig auch für Studenten attraktiver macht. Bislang ist Steilshoop eines der wenigen Viertel in Hamburg, das noch halbwegs bezahlbar ist, was sicherlich auch an der schlechten Anbindung liegt. Die „bezahlbaren“ Mieten sind mit der neuen U-Bahnverbindung künftig wohl Geschichte. Dass die Bewohner nun eine ÖPNV-Anbindung bekommen, ist schön und gut, aber es wird gleichzeitig die „Aufwertung“ des Viertels und damit einhergehend die Verdrängung seiner proletarischsten Teile sein.

Schon seit einigen Jahren wird in Steilshoop eine Kampagne zur „Aufwertung“ gefahren. Immer wieder erscheinen Beiträge in lokalen Zeitungen, im Lokalfernsehen und im Radio über Steilshoop. Die Message geht immer in die selbe Richtung: Steilshoop soll das „sympathische Ghetto“ sein, das „Ghetto mit Herz“. Graue Blocks, aber bunte Bevölkerung, tolle soziale Projekte und ein aufstrebendes Viertel mit viel Potenzial. So wurden vor einigen Jahren auch die grauen Fassaden der Blocks an der Hauptstraße in leuchtenden Farben gestrichen. Fährt man aber tiefer ins Viertel, wird es wieder Grau. Und ja, Steilshoop ist ein tolles Viertel, aber nicht wegen der „Aufwertung“, die vor Ort forciert wird, sondern weil es eines unserer Viertel ist, in dem die Menschen ihre proletarische Solidarität leben. Das ist heute so, das war vor 20 Jahren so, und das soll auch so bleiben, deshalb brauchen wir ihre „Aufwertung“ und all das drumherum nicht, weder in Steilshoop, Horn, noch sonst wo! •

AUSHILFE WARENVERRÄUMUNG (M/W/D) – MINIJOBBER ALS WEGWERFPRODUKT



Auf der Suche nach einem Minijob, um sich und die Familie über Wasser zu halten, sich mal einen Urlaub leisten oder als Auszubildender oder Student die Miete zahlen zu können, stößt man in Bremen relativ schnell auf den Namen „Teamwork“. Zu diesem zynischen Namen gehört auch ein zynisches Logo, ein grinsender gelber Smiley. Mit diesem als Aufdruck auf der Brust auf einer zu tragenden billigen Weste gedemütigt, darf man bei Teamwork durch die Gänge von REWE-Supermärkten laufen und Waren verräumen. Man kann hier nicht nur im Team arbeiten, sondern auch „in Time“ ausgebeutet werden, denn das Konzept von Teamwork ist, dass sich die Arbeitszeiten minütlich an den Stand der Warenverräumung anpassen und man als Arbeiter entsprechend völlig auf Abruf beschäftigt ist.

„Schon wieder Feierabend“, berichtet eine junge Pflege-Auszubildende aus Bremen-Kattenturm unser Korrespondentin vor dem REWE, wo sie heute eigentlich spät bis in den Abend hätte arbeiten sollen. „Du darfst Feierabend machen“, hat mir die Chefin gesagt. Das kommt immer wieder vor. Es ist jetzt kurz nach halb sieben und ich war um 17 Uhr hier. Das sind anderthalb Stunden, dafür geh ich doch nicht arbeiten! Dafür geht ein ganzer Nachmittag drauf, und ich habe quasi nichts davon. Und sie tut so, als würde einen das freuen, Feierabend zu

haben. Dann muss man den Mist hier nicht machen, aber wozu bin ich dann überhaupt hier? Letzte Woche wurde ich zwei Mal aus dem Dienstplan gestrichen, weil schon genug Leute da waren, und immer wieder heißt es ‚heute keine Arbeit‘. Ich will 520 Euro im Monat dazuverdienen und nicht um jede Minute, die ich hier arbeiten kann, betteln!“

Mit Arbeitszeiten von „ca. 17 bis 21 Uhr“ wird man angeworben, die Realität sieht völlig anders aus. Oft sei es viel kürzer, manchmal ginge es in Richtung vier Stunden, und manchmal, wenn zu viel Ware da ist, müsse man halt spontan mal eine Überstunde machen – da werde dann auch Druck gemacht. Die Teamwork-Belegschaft ist sehr durchmischt; ob Arbeiter, die gleich zur Nachtschicht im Postzentrum müssen, Auszubildende, die direkt und ermüdet von einer Baustelle kommen, Studenten, die am nächsten Tag eine Klausur schreiben müssen oder Geflüchtete, für die es ihr erster Job in Deutschland ist – sie alle eint die Wut auf das willkürliche Herumkommandieren, ob man nun arbeiten oder zu Hause bleiben bzw. nach Hause gehen soll. Ein Familienvater ist heute wieder quer mit dem Auto durch die Stadt gefahren, um hier die nötigen Euros für den Monat reinzubekommen. „Ich habe heute fast mehr Geld verloren als verdient. Ich Stand im Stau und war eine halbe Stunde später da,

jetzt habe ich eine Stunde gearbeitet und werde wieder weggeschickt. Vielleicht habe ich mehr Geld für Sprit ausgegeben als die zwölf Euro Mindestlohn“.

Möglich gemacht wird das Konzept von Teamwork durch die gesetzlichen Regelungen für Minijobber. Man muss stets „flexibel“ sein, geregelte Arbeitszeiten gibt es nicht. Bei einer regulären Stelle wäre das in dieser Form nicht möglich. So muss das Personal auch weiter bezahlt werden, auch wenn die Waren für den Tag schon verräumt sind und im Supermarkt Flaute herrscht. Deshalb beginnen immer mehr Supermärkte und andere Geschäfte, da es für sie günstiger ist, sich externe Verräumungshilfen anzuschaffen, die sich auf die mieseste Arbeit „spezialisieren“ und niedrigeren Lohn zahlen. Die Firma Teamwork hat sozusagen dank der Minijob-Regelungen eine Nische gefunden, wo sich in diesem System noch Profit machen lässt. Lenin zitiert in „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“ den englischen Ökonomen Hobson, der von einer *„[...] noch größeren Anzahl von Dienstboten und Arbeitern im Transportgewerbe und in den letzten Stadien der Produktion leicht verderblicher Waren“*, die in den imperialistischen Ländern im Zuge der Verlagerung der Produktion in die unterdrückten Nationen entsteht. Die Firma Teamwork nimmt also auch am ‚Kuponschneiden‘ teil und geiert nach einem Stück des in der dritten Welt geschaffenen Reichtums, um damit Arbeiter ausbeuten zu können.

Die andere Seite der Medaille ist, wenn es tatsächlich mal genug Arbeit gibt. Dann wird nämlich nicht mehr so fröhlich über den frühen Feierabend geredet, sondern gehörig Druck gemacht, dass man so schnell wie möglich fertig wird und dann endlich abhaut. Laut Berichten unserer Korrespondentin nutzen die Chefs hierbei auch Statistiken zu Arbeitszeit und verräumter Ware, um Druck aufzubauen. Tatsächlich geht es bei Teamwork-Personal natürlich langsamer voran als beim Stammpersonal von REWE. Nicht, dass man sich weniger anstrengen würde, aber jemand, der gerade neu in einem Minijob ist, hat natürlich längst nicht die Erfahrung und Arbeitsweise wie jemand, der seit Jahren Vollzeit im Job ist. Man verbringt besonders zu Beginn viel Zeit damit, die Produkte im Regal wiederzufinden, besonders bei REWE, wo das Sortiment vergleichsweise umfangreich und detailliert ist. Und dort will man die Ware auch nicht nur schnell reinschmeißen, denn die Beschwerden, dass es nicht sauber genug ist oder dass es zu lange dauert, wechseln sich ab – dann wird entweder gesagt, es muss auch nicht so sauber verräumt sein bzw. man solle sich die

nötige Zeit nehmen, und beim nächsten Mal wird genau das kritisiert. Die Faustregel eine Stunde pro Palette, die auf viele Bereiche durchaus praktikabel ist, ist bei den Paletten, die Teamwork bei einem REWE-Supermarkt verräumen muss, des öfteren total daneben. Ein zwei Meter hoher Klotz mit kleiner, mannigfaltiger Ware aus sechs unterschiedlichen Reihen, die eh schon alle eng und rappelvoll mit Ware und auch mit Kunden sind, lässt sich nicht mal eben so machen. Dass nicht die Leistung gebracht wird, die die Chefs gerne hätten, hat laut einem Mitarbeiter zur Folge, dass einzelne Kollegen hin und wieder vor allen zur Schau gestellt werden, dazu kämen abfällige Kommentare und das Vorführen von Statistiken, die die „Unproduktivität“ der Arbeiter zeigen sollen.

Mitunter kommt es tatsächlich vor, dass Kunden ihre Wut auf die Arbeitsbedingungen der Teamwork-Arbeiter äußern, berichtet unsere Korrespondentin; so seien Mitarbeiter von Kunden angesprochen worden, die dann ihren Unmut über die „Billigbeschäftigung“ und ihre Solidarität mit den Arbeitern ausgesprochen haben. Es sei hier auch vorgekommen, dass die spontane Kündigung eines wütenden Arbeiters eine Art Dominoeffekt ausgelöst hätte und sich ihm mehrere angeschlossen hätten.

Das Problem ist jedoch, dass viele Arbeiter schnell auf die offenen Jobs nachrücken. Außerdem reichen die rechtlichen Voraussetzungen und die Handhabung der gelben Gewerkschaften den Ausbeutern zum Vorteil, wodurch Arbeitsniederlegung bislang kein wirklich wirksames Druckmittel auf die Firma ist. Zudem ist die Haltung der meisten auch „Okay, dann suche ich mir halt was anderes“ bzw. „das lohnt sich nicht“, denn der Fokus liegt nicht auf dem Nebenjob, sondern auf dem Hauptberuf. Das ganze System Minijob führt letztendlich dazu, dass der aktive Arbeitskampf verringert wird. Die im Ampel-Koalitionsvertrag vorgesehene Ausweitung der Minijob-Beschäftigungen hat auf unterschiedlichen Ebenen Vorteile für die Ausbeuter. Doch klar ist: Wenn hier jemand mit Entschlossenheit vorangeht, dann lassen sich auch in den Minijobs und auch bei Teamwork Kämpfe entflammen, die die Chefs nur schwer wieder unter Kontrolle bringen werden können. •



Teamwork
INSTORE SERVICES

Logo von „Teamwork“

WOHNRAUMKRISE IN NRW

Wohnraum ist knapp, teuer und heiß begehrt. Das sind Zustände, wie man sie aus ganz Deutschland kennt. Als Beispiele fallen einem dann vor allem Geschichten über hunderte Meter lange Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen in Berlin ein, oder dass in München die Preise pro Quadratmeter astronomische Höhen erreichen. Doch auch in Nordrhein-Westfalen werden Wohnungen immer teurer und knapper, von einem guten oder gepflegten Wohnraum gar nicht erst zu sprechen.

Laut dem Immobiliendienst Empirica sind die Mietpreise in Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr stärker gestiegen als in den letzten zehn Jahren davor. Diese Entwicklung betrifft vor allem die Großstädte wie Köln, Düsseldorf, Essen oder Bochum, aber auch kleinere Orte sind inzwischen spürbar von den Preissteigerungen betroffen. Beispielsweise sind die Mieten in der 23.521 Einwohner zählenden Gemeinde Alfter bei Bonn um ganze 12 Prozent gestiegen. Das ist fast drei mal so viel wie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Und auch in den Großstädten stiegen die Preise alle über den Zehn-Jahres-Durchschnitt. In Köln, Münster und Düsseldorf müssen Mieter fünf Prozent mehr abgeben und in Bonn sogar sechs Prozent. Um diesen Vergleich in Relation zu setzen, sollte man sich folgendes vor Augen halten: In Berlin, der Symbol-Hauptstadt für Wohnungsnot und teure Mieten, ist der Mietpreis im vergangenen Jahr um 2,7 Prozent gestiegen, bei einem durchschnittlichen Quadratmeterpreis von 7,16 Euro, in NRW liegt der durchschnittliche Quadratmeterpreis bei 9,32 Euro.

Die Mietpreise in NRW steigen also ordentlich an, aber warum ist das so? Schließlich hat NRW doch in 18 Städten sogar eine Mietpreisbremse. Die bürgerlichen Journalisten und Politiker haben die ewig gleichen Gründe ausfindig gemacht. Dieses mal soll es an den gestiegenen Zinsen für Kredite, teureren Baustoff und den hohen Preisen beim Häuserkauf liegen. Doch wie immer ist das nur die bürgerliche Interpretation der Realität und damit höchstens nur

die halbe Wahrheit, wenn überhaupt. Zwar stimmt es, dass die Zinsen auf Kredite steigen und damit weniger in den Bau von neuen Wohnungen investiert wird, auf der anderen Seite ist unser Wohnungsproblem aber nicht damit gelöst, dass einfach viel neu gebaut wird, denn am Ende des Tages kommt es darauf an, *was* gebaut wird.

„Bauen, Bauen, Bauen“ ist das Lieblingsargument bürgerlicher Politiker wie in Berlin, wann immer der Protest für bezahlbaren Wohnraum seinen



Höhepunkt erreicht – findet sich aber in kleineren Maßstab auch woanders. In Essen rühmt sich der CDU-Oberbürgermeister Thomas Kufen in seiner Haus- und Hofpresse WAZ damit, dass er mit dem größten Immobilienmonopolisten in NRW, der LEG Immobilien SE, einen Deal für 500 neue Wohnungen im Essener Westviertel ausgehandelt hat. Blöd ist nur, dass insgesamt lediglich 30 Prozent als geförderter Wohnungsbau entstehen soll; auf gut deutsch, nur 150 Wohnungen werden dabei halbwegs bezahlbar sein. Diese Praxis ist nicht neu, solche Wohnungen werden auch „bewohnte Schallschutzwände“ genannt. Wenn irgendwo ein großer Wohnkomplex gebaut wird, werden die vom bürgerlichen Staat geförderten und oft kleineren Wohnungen meistens außen an vielbefahrenen Straßen platziert, sodass sie den Zweck erfüllen, den Straßen- und Autolärm von den eher größeren Wohnungen der im inneren Wohnkomplex lebenden Bonzen abzdämmen. Für die Bourgeoisie ist das eine Win-Win-Situation, die großen Immobi-

lienmonopolisten müssen nicht einmal ihre Mietpreise für Neubauten senken, weil sie die Differenz für die billigeren Wohnungen vom Staat bezahlt bekommen, und die bürgerlichen Politiker und Baumogule können sich danach in unkritischen Medienberichten gegenseitig auf die Schulter klopfen, wieder was Soziales für die Armen getan zu haben.

Gut, wenn die gestiegenen Preise für Neubauten also nicht das Hauptproblem bei den gestiegenen Mietpreisen sind, was bleibt dann? Das zweite vorgebrachte Argument ist, dass der Kauf eines Hauses teurer geworden sei und somit die ganzen möglichen Häuserkäufer jetzt in den Wohnungsmarkt dringen, das würde dazu führen, dass es mehr Angebot als Nachfrage gebe und somit wiederum die Mieten steigen. Auch das ist nur zur Hälfte wahr. Zwar stimmt es, dass die Preise für Eigenheime in die Höhe geschossen sind, allerdings ist das nicht erst seit gestern der Fall. Im Gegensatz zu den 1970er Jahren können sich jüngere Generationen schon seit Jahrzehnten immer weniger einen Hauskauf leisten. Das Hauptproblem sind aber nicht die Häuserkäufer, sondern dass Wohnraum eine Ware im Eigentum von wenigen Immobilienmonopolisten wie Vonovia und LEG und vielen weiteren „mittelständischen“ Unternehmen ist. Das Grundbedürfnis, ein Dach über dem Kopf zu haben, wird zum Objekt kapitalistischer Interessen. Dabei spielt es für die Bourgeoisie keine Rolle, ob die Mehrheit des Volkes immer mehr von ihrem Monatsgehalt für die Miete bezahlen muss, sodass es für den Rest der Ausgaben nicht mehr reicht, solange sich nur irgendwer findet, der entweder reich oder verzweifelt genug ist, diese hohen Mieten zu bezahlen. Das Ergebnis sind eine weitere Verarmung der Arbeiterklasse und des Volkes und der Wegzug aus den Innenstädten. Das Problem liegt also im imperialistischen System selber und nicht in den einzelnen Marktschwankungen.

Ein anderes Wohnungsproblem, was ebenfalls durch den Imperialismus verursacht wird und auch die Menschen in NRW hart trifft, ist der Wohnungsmangel. Nordrhein-Westfalen liegt bei den Wohnungen pro 1.000 Einwohner unter dem bundesdeutschen Durchschnitt, und das, obwohl NRW mit fast 18 Millionen Menschen das bevölkerungsreichste Bundesland mit der vierthöchsten Menschendichte ist. Das und die teuren Wohnungspreise führen zu absurden Situationen. Uns hat eine Leserin aus Köln erzählt, dass es nicht selten vorkommt, dass man

selbst auf ein neues WG-Zimmer monatelang warten muss und in der Regel auf Connections über Freunde und Familie angewiesen ist, um eine Wohnung abzukriegen. In der Zwischenzeit muss man schon seine eigene Wohnung gekündigt haben, um im Zweifelsfall nicht doppelt Miete zahlen zu müssen. Wenn die eigene Wohnung aber erstmal gekündigt ist, heißt es nicht selten, dass man auf der Couch von Freunden wohnen oder sogar zu den eigenen Eltern zurückziehen muss, bis man wieder etwas neues gefunden hat. Diese Zustände breiten sich langsam aber sicher auch in andere Städte aus.

Wie wir gesehen haben, führt der Neubau von Wohnungen nicht automatisch zu günstigeren Wohnungen. Das ändert aber nichts daran, dass immer mehr Menschen eine günstige Wohnung brauchen. NRW-Bauministerin Scharrenbach sagt, dass der fehlende Neubau von Wohnungen an den fehlenden Investitionen und dem Handwerkermangel liegt. Darauf angesprochen, dass Tausende Menschen und Familien verzweifelt eine Wohnung suchen antwortet sie *„Es gibt manchmal Zeiten, und das sage ich ungern, in denen die Dinge so sind, wie sie sind.“* Soviel zum kapitalistischen Credo „Das regelt der Markt“. Der Markt regelt gar nichts außer den Profit der Kapitalisten, und wenn es eben mal nicht profitabel ist, Wohnungen für die Massen zu bauen, dann machen sie es schlicht nicht. Das ist das Ergebnis, wenn in einer Gesellschaft die Produktionsmittel zum Bau und Herstellung von Sachen auf die wir grundlegend angewiesen sind, in der Hand einiger weniger Parasiten liegt, die sich an unseren Grundbedürfnissen bereichern. Dass das auf Dauer für die Bourgeoisie nach hinten los geht, weiß auch der LEG-Chef Lars von Lackum, dieser warnte Mitte Mai in der WAZ vor „sozialen Spannungen durch Wohnungsmangel“. Zusätzlich versucht er, den Wohnungsmangel darauf zu schieben, dass „einheimische“ Arbeiter ja mit ukrainischen Geflüchteten und Migranten um Wohnungen konkurrieren würden. Diese rassistische Hetze ist natürlich ein Ablenkungsmanöver. Neue und günstige Wohnungen sind kein Hexenwerk, sondern etwas, was sich die Arbeiterklasse, egal welcher Herkunft, erkämpfen kann. •

NÄCHTLICHES VERBOT VON MUSIKBOXEN UND INSTRUMENTEN IN PARKS

Am Dienstag, dem 17. Mai, hatte der Freiburger Gemeinderat eine neue Parkanlagensatzung beschlossen. In dieser wird festgelegt, dass in den Parks zwischen 23 und 6 Uhr ein Verbot der Nutzung von Bluetoothboxen und Musikinstrumenten verhängt wird. Das Verbot gilt in allen Freiburger Parks, die Sternwaldwiese und der Eschholzpark ausgenommen. Begründet wird diese neue Satzung mit der angeblichen enormen Lärmbelästigung, welche durch die feiernden Jugendlichen zumindest laut der Stadt in großem Maße besteht. Dabei wird argumentiert, dass diese neue Regelung das Interesse der Anwohner widerspiegeln und für gegenseitige Rücksichtnahme sorgen soll. Doch den Jugendlichen ihre Plätze zu nehmen, an welchen sie billig und selbstbestimmt ihre Abende verbringen können, ist offen gesagt nicht sonderlich rücksichtsvoll.

Natürlich ist es legitim, dass Menschen nicht damit einverstanden sind, wenn vor ihrer Haustüre lautstark wilde Partys gefeiert werden, während sie zuhause Kinder am schlafen haben oder sie vielleicht am nächsten Tag früh zur Arbeit müssen, genauso wie es auch legitim ist, dass Jugendliche fordern, dass sie Orte zum feiern haben. Wenn man durch feiernde Jugendliche gestört wird, ist der richtige Umgang damit nicht, in typisch deutscher Manier die Bullen gegen die Jugendlichen zu rufen, sondern einfach rauszugehen und mit diesen zu sprechen. Und wenn freundlich darum gebeten wird, wird in der Regel auch die Musik leiser gemacht oder die Feiernden gehen woanders hin. Dieser Widerspruch ist ein Widerspruch im Volk, und solche Widersprüche sind durch miteinander sprechen auf Augenhöhe und gegenseitiges Verständnis durchaus lösbar.

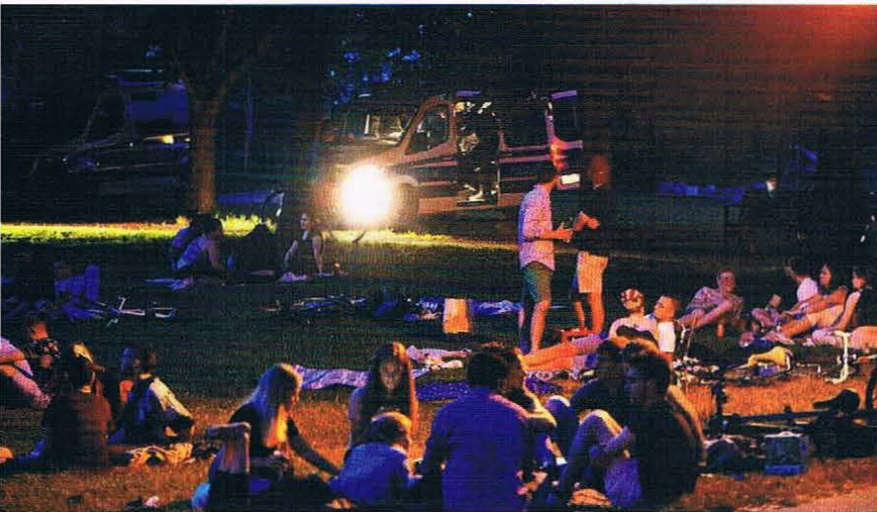
Doch diesen Widerspruch zu lösen, darum geht es der Stadt auch gar nicht. Vielmehr schürt sie diesen und nutzt ihn aus, um bestimmte Interessen durchzusetzen. Anstatt solidarischen Umgang miteinander und den gegenseitigen Austausch in den Vierteln zu fördern, wird einfach die Polizei geschickt, um mit Zwang gegen die Jugend vorzugehen. Tatsächlich ist der Grund für jene neue Regelung auch in erster Linie nicht, die Anwohner verschiedener Gebiete vor Lärmbelästigung zu schützen, sondern die Freitag- und Samstag-Abende der feiernden Jugendlichen profitabel zu verwerten. Anstatt im Freien zu feiern und dabei weniger Geld auszugeben, sollen die Leute lieber in die Stadt feiern

gehen und dort ihr ganzes Geld in irgendeiner viel zu teuren Disco ausgeben. Dafür wird ihnen das Feiern im Freien immer unangenehmer gemacht, und diejenigen, die kein Geld für die teure Innenstadt haben, haben nun mal Pech gehabt, denn in diesem System zählt nur, was verwertet werden kann.

So arbeitet die Stadt Freiburg in den letzten Jahren vermehrt sehr aktiv daran, der Jugend an ihren Sommerwochenenden immer mehr Steine in den Weg zu legen. So wurde 2018 das Grillen am belebten Seepark, welcher vor der Studentensiedlung liegt, verboten. Seit dem letzten Jahr finden dort auch vermehrt Polizeikontrollen gegen feiernde Jugendliche statt. Im Jahr 2021 wurde der Freiburger Späti, ein Ort, an welchem man sich auch nachts billig alkoholische und nicht-alkoholische Getränke kaufen konnte, von der Stadt zum Schließen gezwungen. Am Platz der alten Synagoge, ein belebter, an den Wochenenden im Sommer stark befüllter Platz mitten in der Stadt, ging die Polizei in den letzten Jahren mehrere Male brutal gegen feiernde Jugendliche vor und räumte den Platz gewaltsam. Da sich Jugendliche gegen die Angriffe der Polizei zur Wehr setzten, wird der gesamte Platz nun rundum Videoüberwacht, um zukünftig jede Form von widerständigem Handeln sofort mit Repression überziehen zu können.

Repression ist hierbei das Schlüsselwort, denn insbesondere zum aktuellen Zeitpunkt geht die Polizei wieder sehr repressiv gegen die Jugend vor. Gegen das Musikboxenverbot leisteten mehrere Jugendliche in einer gewissen Art und Weise Widerstand durch „Protest-Cornern“, zu welchem in den sozialen Medien aufgerufen wurde und welchem sich dann spontan von vielen Jugendlichen angeschlossen wurde. Die Art und Weise dieses Widerstandes hat auf den ersten Blick keinen absolut klaren politischen Charakter und ist meist nicht sonderlich kämpferisch. Mehrere Jugendliche treffen sich an irgendeinem öffentlichen Ort und feiern dann gemeinsam. Eigentlich keine sonderlich staatsgefährdende Handlung, sollte man denken. Doch die Freiburger Polizei sieht dies scheinbar anders. Am Freitag, dem 16. Juni, trafen sich mehrere hundert Personen zu einem spontanen Konzert im Freiburger Stadtgarten, welches unter dem Motto „Musik und Kultur lassen sich nicht verdrängen, Hip Hop bleibt widerständig“ organisiert wurde.

Die Polizei stürmte den Park mit einem massiven Polizeiaufgebot, beschlagnahmte mithilfe hochgerüsteter Anti-Aufstandseinheiten (sogenannte Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten, BFE) gewaltsam die Lautsprecherboxen und den Lautsprecherwagen. Als sich anschließend aus den Menschenmassen heraus eine Spontandemonstration durch die Stadt bildete, versuchten die Bullen mehrere Male, diese zu stoppen, was ihnen allerdings nicht gelang.



Ein normales Wochenende im Seepark

Für den nächsten Tag, Samstag, den 17. Juni, wurde zu einer „Nachttanzdemo“ für Freiräume und gegen Verdrängung aufgerufen. Die Stadt Freiburg ließ diese (ähnlich wie kürzlich in Leipzig geschehen) durch eine Allgemeinverfügung einige Tage zuvor verbieten. Scheinbar waren die Ereignisse am Vorabend wohl dazu gedacht, die Menschen für den nächsten Tag einzuschüchtern, denn am Samstag besetzten die Bullen den gesamten Stühlinger (das Viertel, in welchem die „Tanzdemo“ starten sollte) und führten im großen Stil willkürlich Personenkontrollen gegen Anwohner und Passanten durch. Die „Tanzdemo“ selbst wurde auch vor Beginn von einem großen Polizeiaufgebot umzingelt und trotz mehrmaligen Forderungen an die Menge, sich doch aufzulösen, gaben die Bullen den Massen schließlich nach und ließen die Menschen laufen. Scheinbar hatten sie in diesem Moment kein Interesse daran, mitten in der Stadt, während rundum noch verschiedene vielbesuchte Feste stattfanden, die Situation zu eskalieren. Dabei muss auch gesagt sein, dass sich zu Hochzeiten dieser Aktivität zeitweise 3.500 Menschen der „Nachttanzdemo“ anschlossen, was für Freiburg tatsächlich eine sehr große Anzahl an Menschen ist.

Die Polizei ließ es sich jedoch nicht nehmen, diesen Protest mehrere Male willkürlich zu stoppen und ihn gegen Ende auch einmal aktiv anzugreifen. Nachdem die „Nachttanzdemo“ zu ihrem Ende gekommen war, wurde jener Endpunkt, ein Platz vor einem Hotel im Kleinbürgerviertel Vauban, quasi von den Teilnehmern besetzt, um dort weiter zu „cornern“. Die Bullen gingen jedoch äußerst zügig dagegen vor und räumten den Platz. Dabei gingen die Bullen durchaus gewaltsam gegen die Jugendlichen vor. Sie verletzten mehrere Personen und verschleppten zwei Menschen willkürlich auf das nächstgelegene Polizeirevier. Einer verletzten Person, welche von den Bullen auf das Revier mitgenommen wurde, wurde dabei trotz offensichtlicher Verletzungen die medizinische Versorgung verwehrt.

Die gesamte Situation wirkt bei näherer Betrachtung eigentlich absurd. Dass die Stadt wegen einer „Tanzdemo“ die Versammlungsfreiheit außer Kraft setzt und mit hochgerüsteten Bullen, die eigentlich zur Bekämpfung von Aufständen eingesetzt werden, auf Jugendliche einprügeln lässt, die einfach nur auf einem öffentlichen Platz ihr Bier trinken, ist allerdings mehr als eine Skurrilität. Es ist Ausdruck eines schwerwiegenden Problems, auf welches der Staat Antworten sucht und sie vermeintlich darin findet, immer reaktionärer zu werden.

Neben dem Interesse, diese Jugendlichen von den öffentlichen Plätzen fernzuhalten, damit diese ihr Geld in den Clubs und auf kommerziellen Sommerfesten ausgeben, gibt es ein politisches Interesse, und das heißt Aufstandsbekämpfung. Auf der einen Seite sind solche großen Polizeieinsätze gegen große Menschenmassen und das militärische Besetzen ganzer Viertel gute Übungen, welche die Polizei in der Bekämpfung zukünftiger Unruhen effektiv schulen kann. Auf der anderen Seite ist es für den Staat auch wichtig, die Kontrolle über seine Städte zu behalten bzw. diese zu verabsolutieren. Es soll nicht zugelassen werden, dass irgendwelche vom Staat nicht direkt kontrollierbaren Freiräume be- oder entstehen. Der Staat soll stark wirken und das Volk soll das Gefühl bekommen, im Vergleich dazu schwach zu sein. Doch an jenen Wochenendnächten, in welchen die Massen sich wieder einmal die Plätze nehmen, die Angriffe der Bullen mit Barrikaden und fliegenden Flaschen beantworten und sich nicht vertreiben lassen, können wir für einen Augenblick erkennen, wie stark wir wirklich sind. •

RAMMSTEIN – WENN MAN ERNST MEINT, WAS MAN SINGT

Ende Mai wurden im Rahmen von Recherchen des NDR und der Süddeutschen Zeitung schwere Vorwürfe gegen Rammstein-Sänger Till Lindemann und weitere Personen aus dem Umfeld der Band erhoben. Der 60-jährige Lindemann und Konsorten sollen unzählige junge Frauen haben casten lassen, um mit ihnen nach Konzerten auf Aftershowpartys Sex zu haben, oder anders gesagt, um sie zu vergewaltigen. Die Journalisten sprechen von „einem eigenem System“ zur Rekrutierung junger Frauen, teils an der Grenze zur Minderjährigkeit, die (zum Teil *mit der Bedingung*, bereit zu sein, mit Lindemann Sex zu haben, ansonsten ganz ohne Warnung) zu den Aftershowpartys eingeladen, bewusst sowie unbewusst unter Drogen gesetzt, bei „Unwilligkeit“ eingeschüchtert worden und am nächsten Tag teils ohne Erinnerungen mit Blutergüssen und ohne Erinnerung an einem anderen Ort aufgewacht seien.

Infolge der ersten Publikationen der Recherchen schlossen sich etliche Frauen, die in der vordersten Reihe bei Konzerten und anderswo angeworben wurden, den Anschuldigungen an und berichteten von ähnlichen Erfahrungen, ähnlich wie bei der 2017 begonnenen „MeToo“-Bewegung. Die Band reagierte umgehend – Lindemann wird fortan von einer hochdotierten Anwaltskanzlei für Medien- und Presserecht vertreten, die umgehend Maßnahmen ankündigte – so landete auch umgehend eine Unterlassungsklage gegen die erste öffentlich aussagende Frau, Shelby Lynn, in ihrem Briefkasten, weitere folgten. Zudem wurde ein professionelles PR-Team engagiert und eine „Casting-Direktorin“ entlassen, die für die Vergewaltiger allem Anschein nach die „Puffmama“ gespielt hatte. Gleichzeitig startet eine Kampagne in den sozialen Medien, die Lügen über die Betroffenen, die sich „geoutet“ haben, verbreitet, sie diffamiert und ihre Vorwürfe relativiert. Viel mehr Beweise für diesen vermutlich über Jahrzehnte organisierten sexuellen Missbrauch braucht es auch nicht. Aber ist es tatsächlich – legen Lindemann und Rammstein in ihrer Musik doch ihre Gedanken recht offen dar – eine so große Überraschung, was bei Rammstein hinter den Vorhängen abgeht?

Die 1994 gegründete Berliner Band ist die gegenwärtig wohl erfolgreichste deutsche

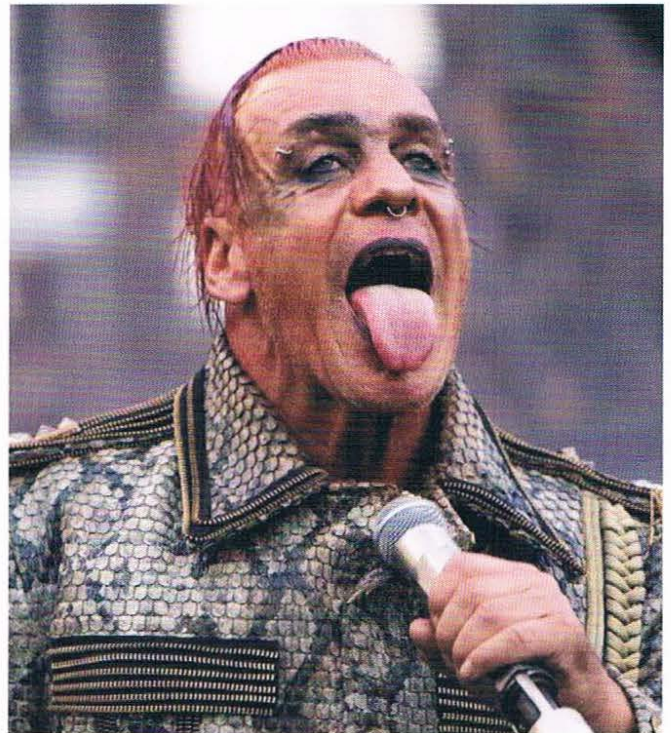
Musikgruppe und besonders aufgrund ihrer „spektakulären“ Konzerte in zahlreichen Ländern auf unterschiedlichen Kontinenten eines der ersten Dinge geworden, das die Menschen dort mit Deutschland verbinden. Woher kommt nun die Begeisterung für Rammstein? Der Kern von Rammsteins Musik ist gewaltsame Unterdrückung und das in einer geradezu barbarischen Form, sodass ein Jeder dort seine reaktionärsten Träume ausleben kann. Dabei spielen Rammstein sozusagen mit dem „Überschreiten von Grenzen“ und machen offensichtliche Anspielungen auf unterschiedliche Formen von reaktionärer Gewalt und Ordnung, ohne eine eindeutige Aussage dabei zu machen. So wird es von vielen Leuten abgefeiert, dass Rammstein oft in Texten, wie von dem Lied *Heirate mich* („Hei- Hei- Hei“-Rufe) oder dem *Rammlied* („Manche führen, manche folgen ... fressen und gefressen werden“), aber besonders in der Form, z.B. den Musikvideos (kürzlich beispielsweise das dystopische Video zu „Angst“), mit offensichtlichen Elementen des Faschismus „das Verbotene austasten“, während sie sich ja als ganz liberale Leute verstehen. Doch gleichzeitig machen sie in ihrer Musik keinerlei Stellungnahme für irgendeine Seite, verbreiten lediglich in martialischer Form die düsteren Bilder, die die Ausbeuterklassen über diese Welt zeichnen. Musik ohne Seele sozusagen; Gefühle jenseits von Gewaltsucht und Beherrschungswille, wie zum Beispiel die proletarische Klassensolidarität, werden abgelehnt – sie schlängeln sich nach außen hin um die Standpunkte herum und stehen dabei tatsächlich fest auf den Standpunkt der Bourgeoisie. Der Drang nach dieser Form der Beherrschung anderer ist bürgerlich, ein Abdruck des Willens des imperialistischen Finanzkapitals in den Köpfen der Menschen.

Nur logisch, dass diese Einstellung dann auch zu einer extrem patriarchalen Haltung gegenüber Frauen führt. Rammstein-Texte stellen des öfteren die Sicht eines Menschen, der sexuelle Gewalt ausübt, dar. In dem Lied „Bück dich“ singt Lindemann *„Bück dich, befehl' ich dir. Wende dein Antlitz ab von mir. Dein Gesicht ist mir egal ... Ein Zweibeiner auf allen Vieren.“* Das Musikvideo zu „Pussy“ wurde in einem Bordell unter Mitwirkung zahlreicher Pornodarstellerinnen gedreht. Neuere Lieder heißen „Dicke Titten“ oder Lindemanns Solo-Nummer „Platz Eins“ – und in dem Musikvideo dazu stellt dieser Psychopath – „Alle

Frauen, alles meins“ singend – seine Sicht auf das gesamte Prozedere seiner Vergewaltigungen dar – massenhaft Frauen in Käfigen, bewusstlos, versteckt in einem nur für ihn zugänglichen Bereich, Masken tragend, und er wählt sich aus der Menge eine aus; es wird sogar gezeigt, wie er sie vergewaltigt und Blut auf sie spritzt. Nicht so weit weg davon ist ein Gedicht, was Lindemann kurz danach, 2020, bei seinem Verlag Kiepenheuer & Witsch veröffentlichte. In „Wenn du schläfst“ stellt er eine Vergewaltigung einer Frau dar, die er mittels Rohypnol bewusstlos gemacht hat. Die Verleger, bekannt als Sympathisanten des russischen Konterrevolutionärs Leo Trotzki – solche Leute haben heutzutage auch des öfteren eine äußerst liberale Haltung gegenüber Kinderschändern – wiesen die Vorwürfe damals entschieden zurück, und zogen erst nach den jetzigen Vorwürfen Konsequenzen und beendeten die Zusammenarbeit, da sie ganz schockiert gewesen seien, dass Lindemann auf Basis des Gedicht auch ein Pornovideo gedreht hat, was ihnen in drei Jahren angeblich nicht zu Auge gekommen sei.

Des weiteren singen Rammstein über Themen wie den „Kannibalen von Rotenburg“, Armin Meiwes, oder über den Österreicher Josef Fritzl, der seine Tochter 24 Jahre lang in seinem Keller gefangen hielt, sie immer wieder vergewaltigte und so sieben Kinder zeugte, als wären dies lustige Geschichten, über die man sich amüsieren sollte. Lindemann rundet seine Degeneration mit dem Lied „Ich hasse Kinder“ endgültig ab. Lindemann glaubt nach eigenen Aussagen an das „Tier im Menschen“, ein Merkmal von allen Sadomaso-Vergewaltigern und dergleichen; die Texte, die er für Rammstein schreibt, gehen laut Bandkollegen Paul Landers auf seine „verwirrten Lebensumstände“ zurück.

Es wird offensichtlich, dass die Tatsachen eigentlich längst auf dem Tisch liegen, und die jetzigen Enthüllungen keineswegs Überraschungen sind. Dass die Sache so lange unbeachtet bleiben konnten, ist den treuen Helfern und Unterstützern der Vergewaltiger in Bandkreisen, aber auch in der gesamten Musikbranche und staatlichen Abteilungen zu verdanken. Mindestens der Großteil der „Crew“ von Rammstein war involviert in dem „Auswahlprozess“ von Frauen, Securities bewachten die Vergewaltigungszimmer, Ordner führten Frauen, die auf „Pre-Show-Parties“ angeworben worden waren, in der Mitte der Show unter die Bühne, um Lindemann dort „einen zu blasen“. YouTuberin Kayla Shyx, die ebenfalls Denunziationen gegenüber Rammstein



Till Lindemann

gemacht hat, hatte bereits nach ihrer Erfahrung 2022 eine leichte Anmerkung in den sozialen Medien gemacht und wurde daraufhin von ihrem damaligem Management in die Schranken gewiesen – sowas sei nicht in Ordnung, man wolle es sich mit Rammstein nicht verscherzen. Das Lied „Platz Eins“ offenbart eigentlich alles, was an grausamen Aktivitäten rund um die Rammstein-Konzerte und vermutlich Lindemann und Co.'s gesamtes Leben passiert – doch das Lied wird vertrieben, kein Medienkontrollorgan des Staates schreitet ein, es werden keine Untersuchungen eingeleitet trotz unzähliger Hinweise (allein auf jedem Konzert konnte man die merkwürdige, nur aus jungen Frauen bestehende „Row Zero“ betrachten), das widerliche Video ist weiter auf YouTube zu sehen. Seit über drei Jahren.

Wie eingangs gesagt, sind Rammstein aktuell wohl die erfolgreichste deutsche Band. Die verdorbenen alten Ideen, die diese degenerierten Subjekte seit ihrer Gründung repräsentieren, geben gewissermaßen den Ton an, auf dem reaktionären deutschen „Musikmarkt“, der zwischen patriarchalen Texten und infantilen Pop-Balladen nichts als eine Propagandamaschinerie der Bourgeoisie ist. Das offen gewordene Vergewaltigungssystem der Band und der Schutz des Umfelds und der Musikindustrie sind nur ein weiterer Beweis, dass wir diese Unkultur in allen Bereichen ablehnen und unversöhnlich bekämpfen, ihr etwas neues, besseres entgegensetzen und dies als eine Waffe im Kampf verstehen müssen. •

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM AUGUST

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk.bremen@gmx.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

DAS TITELBILD

Im Verlauf der Proteste in Manipur gegen den alten indischen Staat wurde das Haus von Minister R. K. Ranjan Singh in der Hauptstadt Imphal niedergebrannt.

Quelle: mid-day.com

**ROTE
POST** 